

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen:

Die einseitige Anzeigens-
oder deren Raum 80 H.
Kleinzeile 90 H.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:

Bad Ems, Römerstr. 95.

Fernsprecher Nr. 7.

Verantwortlich für die
Schriftleitung:

Rich. Helm, Bad Ems

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Bad Ems, Mittwoch, den 24. September 1919

71 Jahrgang

Telephonische Nachrichten.

Reichsarbeitsminister Schilde über das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 24. Sept. In der Nachmittags-Sitzung des Reichstages führte Reichsarbeitsminister Schilde aus, dass die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, die man von dem Gesetz befürchtete, schon im Kriege bestanden, dessen Bestimmungen zum Teil schon in dem Koalitionsvertrag enthalten sind. Es wäre das ganze zu erwartende sozialistische Programm. Das vorliegende Gesetz sei eigentlich nur ein Ergänzungsgesetz. Sollten den Betriebsräten nur die Tarifverträge weitere Befugnisse zugewiesen werden, so habe die Regierung nichts dagegen einzutreten.

Die Streiklage in Berlin.

Berlin, 23. Sept. Der in Berlin geplante Generalstreik der Metallarbeiter ist bis heute nicht zur Ausführung gekommen. Es sind in den größeren Betrieben bis jetzt keine Abstimmen über den eventl. Streik vorgenommen worden.

Landarbeiterstreik in Schleswig.

Berlin, 24. Sept. Im Kreise Ederförde ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, der über 500 Hektar ergriffen hat.

Der Schulstreik in München.

Berlin, 24. Sept. Wie dem Berl. Lok.-Anz. bekannt ist, ist der Schulstreik in München noch nicht beendet.

Einholung der verschleppten Schlesier.

Berlin, 24. Sept. Ein Offizier der italienischen Militärkommission, der vor 14 Tagen zur Ermittlung der aus Schlesien von den Polen verschleppten, bisher vermissten Deutschen an Ort und Stelle reiste, hat nach verschiedenen die Mehrzahl der Verschleppten aufgefunden. Die notwendigen Schritte zur Herausgabe der Betroffenen sind eingeleitet.

Friede mit China.

Berlin, 24. Sept. Ein Erlass des Präsidenten vom 16. 9. 19 kündigt den Friedenszustand mit China an.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Berlin, 24. Sept. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ berichtet, wird aus Tomsk gemeldet, dass die Bolschewisten auf der ganzen Front fortgesetzt werden. Inzwischen sind viele Kriegsgefangene gemacht und viel Material erbeutet.

Der Großsprecher d'Annunzio.

Bern, 24. Sept. D'Annunzio erklärte in einer Ansprache anlässlich des Nationalfeiertages, außer Rom und Venedig gehöre auch der Hafen und die Eisenbahn der Stadt. Jede andere Lösung sei unmöglich.

Berlin, 24. Sept. Das Spielkartensteuergesetz vom 1. November d. J. in Kraft.

Die Schuld am Kriege.

In eingeweihten politischen Kreisen Deutschlands ist in letzter Zeit bekannt war: dass die Kriegsverantwortung nicht in Berlin, sondern in Wien saßen, dass durch die Veröffentlichung der Akten des Wiener Kriegsvertrages dokumentarisch bewiesen. Es wurde behauptet, dass hinter den Mordern von Sarajewo die Wiener Regierung stünde. Das ist nicht wahr. Sofort nach dem Mord sandte die Wiener Regierung einen ihrer Beamten, Legationsrat v. Wiesner, nach Sarajewo. Das Ergebnis seiner Untersuchungen war, dass sich keine Beziehungen zwischen den Mordern und der serbischen Regierung feststellen ließen. Graf Berchtold, der damals Leiter des auswärtigen Amtes in Wien war, hat das Ergebnis des Legationsrats v. Wiesner, in dem er das Ergebnis seiner Nachforschungen mitteilte, der deutschen Regierung mitgeteilt. Graf Berchtold sandte dann ein Ultimatum an die serbische Regierung ab und versank in die deutsche Regierung davon so spät, dass sie keinen Gewinn gewinnen konnte. Allerdings trifft auch hier die Wiener Regierung eine große Schuld. Statt sich mit dem Wiener auswärtigen Amt direkt in Verbindung zu setzen, wartete man, nach dem Zeugnis des Legationsrats, am 23. Juli im Wolff-Büro in Berlin Dienst tat, bis das Wolff-Büro des Text des Ultimatus vom Wiener Kabinetts-Büro erhalten hatte. Es ist kaum faßbar, dass

das Auswärtige Amt, statt den direkten Weg den über zwei Mittelstellen nahm. Während Deutschland sich weiter bemühte, den entstehenden Brand einzudämmen, treibt Graf Berchtold auf den Krieg zu, legt Italien gegenüber den Dreihundvertrag trotz aller Warnungen nach Gütanken aus. An den österreichischen Botschafter in Rom schreibt er in kaum faßbarer Grobmännerei: „Vorderhand habe ich das Gefühl, von der Vorsehung dazu ausersehen worden zu sein, mich den Ministern, die Friedenspolitik treiben wollten und Kriegspolitik machen mußten — von Kardinal Fleury bis Lambsdorff — anzuschließen. Hoffentlich mit mehr Erfolg als der letzte Exponent dieser Richtung.“

Serbien kam in seiner Antwort Österreich entgegen. Aber Graf Berchtold teilte sie der deutschen Regierung in einer Form mit, daß daraus eine Ablehnung der österreichischen Forderungen herauszulesen war, nachdem er erst dazu hatte aufgefordert werden müssen. Inzwischen hatten sich auch die anderen Großmächte mit der Note beschäftigt und es tauchte die Frage einer Vermittlung durch England auf. Da telegraphiert der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szegény, daß Deutschland die Vermittlung Englands nicht wolle. Es ist aber falsch. Das geht auch aus einer Note Schischkows hervor, der nun auch im Namen seiner Regierung erklärt, Deutschland könne Englands Vermittlung nicht ablehnen. Den dringenden Aufforderungen des deutschen Kaisers, Bethmann-Hollweg und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Jagow, die italienischen Kompensationsforderungen zu berücksichtigen, gab Graf Berchtold endlich nach. Inzwischen hatte aber Italien England gewarnt, das zog seine Flotte zusammen und Rußlands Kriegstreiber erhielten dadurch neuen Halt. Graf Berchtold hat in diesen kritischen Tagen mit Lug und Trug gearbeitet. Das Unglaubliche von allem ist: Österreich-Ungarn geht, um den deutsch-englischen Vermittlungsvorschlag zu hintertreiben, von seinem ursprünglichen Plan ab und mobilisiert am 25. Juli statt am 28. gegen Serbien. Gleichzeitig erklärt Italien dem deutschen Botschafter, daß es sich an den Dreihundvertrag nicht mehr zu halten brauche, da Österreichs Vorgehen gegen Serbien eine Herausforderung an Rußland darstelle. Auf die russische Mobilisierung braucht man bei dieser Gelegenheit nicht einzugehen. All diese Dinge sind bekannt. Sie zeigen, daß auch Rußland eine ungeheure Schuld auf sich geladen hat. Noch einmal versucht in allerletzter Stunde die deutsche Regierung zu vermitteln. In einer Note heißt es: „Unter diesen Umständen muß das deutsche Kabinett dringend und nachdrücklich die Erwägung der E. u. L. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es wird für Österreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen.“ Graf Berchtold aber behandelt diesen Vorschlag absichtlich hinhaltend. Statt am 30. oder 31. Juli läßt er ihn erst am 1. August beantwortet. Es geht ganz einwandfrei aus seinem Verhalten hervor, daß er den Krieg nicht mehr vermeiden will.

In dem österreichischen Notbuche heißt es wörtlich: „Nebenbei ist zu bemerken, daß die Folgen der Weltkrisis der Weltkrisis vorgebrachten Vermittlungsvorschläge Sir Edward Greys, so kann es fortan keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die deutsche Regierung denselben nach Wien unverzüglich weitergeleitet und daselbst nachdrücklich befürwortet hat. Ebenso unverkennbar erscheint die weitere Tatsache, daß der englische Vorschlag infolge der dilatorischen und unsachlichen Behandlung seitens des Wiener Kabinetts keine Annahme fand. Damit ist das Schicksal Europas besiegelt.“

Noch einmal läßt Bethmann-Hollweg durch das schon bekannte Telegramm, in dem es heißt: „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflichten zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertigkeit und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinzuziehen zu lassen.“ das Wiener Kabinett zum letzten Male warnen. Das Schicksal rollt unaufhaltsam weiter. Soweit der Inhalt des Notbuchs.

Aus den österreichischen Akten geht das eine klar hervor der sogenannte Potsdamer Kronrat am 5. Juli 1914 hat nicht stattgefunden, sondern der Krieg wurde in Wien am 7. Juli gegen die Warnungen des Grafen Tisza beschlossen: der ungarische Ministerpräsident ist unschuldig im Winter 1918 das Opfer eines Fanatikers geworden. Die Wiener Akten, so sagt jetzt das Wiener Kor.-Büro, haben ergeben, daß der Krieg durch eine Handvoll Menschen aus der unmittelbaren Umgebung der Krone ohne jede Fühlungnahme mit den parlamentarischen Körperschaften betrieben wurde. Die ganze Verderblichkeit und Unhaltbarkeit des absoluten Regimes ergibt sich aus dieser einen Tatsache. Die Veröffentlichung mußte sich selbstverständlich auf die im ehemaligen Ministerium des Auswärtigen vorgefundenen Akten beschränken. Diese wurden gewissenhaft und lückenlos verbreitet. Es ist selbstverständlich, daß, wieviel sie auch unwiderleglich beweisen, zur vollen

Bestätigung der tatsächlichen Vorgänge noch die Veröffentlichung der Akten des deutschen Auswärtigen Amtes sowie der Akten der Verbandsmächte erforderlich ist. Außerdem weiß jeder historisch Geschulte, daß die Akten allein nur den im Augenblick festgelegten Niederschlag der Ereignisse bilden. Erst die Zeugnisse der Beteiligten werden ein abschließendes Bild der Ereignisse geben können.

Deutschland und Belgien.

Ueber die Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland schreibt in dem Antwerpener Neederblatt Neptune ein von Rotterdam zurückgekehrter Kaufmann aus Antwerpen, Belgien müsse unverzüglich seine wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland wieder aufnehmen. Das Neederblatt fügt zu diesem Eingehand hinzu: Müssen wir die Geschäftsverbindungen mit den Deutschen wieder aufnehmen? Wir sagen Ja. Und wir würden die deutschen Schiffe lieber heute als morgen wieder in unserem Hafen sehen. Ohne Zweifel, wir werden die Häufe zusammenballen, aber wir werden unsere Gefühle von der unumstößlichen Notwendigkeit niederkämpfen müssen. Vergessen wir nichts, aber seien wir höflich und würdig mit den Deutschen und machen wir Geschäftsleute mit ihnen! Nehmen wir ihre Geschäftsvertreter in unsern Geschäftskontoren auf, aber räumen wir ihnen noch lange keinen Ehrenplatz in unseren Familien ein! Wir möchten also, daß ein für allemal die Regierung uns ihre Meinung sage und sie urbi et orbi zu erkennen gäbe, damit in den mitteleuropäischen Ländern alle, die die Sache angeht, wissen, daß die Geschäftsverbindungen mit Belgien wieder aufgenommen sind, und daß niemand dort belästigt wird. Wir möchten, daß der Präsident der Handelskammer dieselbe zu einer Generalversammlung zusammenberufe, um eine Tagesordnung in diesem Sinne annehmen zu lassen. Diese Tagesordnung wird mit dem Tod in der Seele angenommen werden, denn sie ist notwendig.

Der Daily Express veröffentlicht eine Unterredung des Königs Albert von Belgien vor dessen Abreise nach Amerika. Ueber die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien sagte der König, daß der Haß gegen die Deutschen jahrelang fortleben werde, da die Belgier nicht vergessen können, wie viele ihrer Mitbürger erschossen oder verschleppt worden seien. Die Handelsbeziehungen würden selbstredend wieder aufgenommen werden. Zum Völkerbund hätten die Staatsmänner vollkommenes Vertrauen; sei aber mit Lloyd George der Ansicht, daß der Erfolg hauptsächlich von der geistigen Verfassung der Völker abhängen werde. Wenn der Völkerbund ein Mißerfolg sei und Europa von einem neuen Krieg bedroht werde, werde sich Belgien genau so verhalten wie 1914.

Die besetzten Gebiete.

Eine französische Zeitung erscheint seit Sonntag in Mainz unter dem Titel „L'Echo du Rhin“. Es ist das erste derartige Unternehmungen im Rheinland.

Die Einigungsverhandlungen im Baltischen Lande.

Aus lettischer Quelle verlautet über Kopenhagen, daß die Verhandlungen wegen der Friedensverhandlungen zwischen den baltischen Staaten und der russischen Sowjet-Regierung so stehen: In Riga findet eine Konferenz von lettischen, estnischen und litauischen Staatsmännern statt, um über den Moskauer Friedensvorschlag zu beraten. Es ist noch keine Antwort nach Moskau geschickt worden. Der baltische Bund ist schon soweit zur Verwirklichung gekommen, daß die Konferenz beschlossen hat, einen Völkerbund und eine gemeinsame Währung einzuführen. Bei der letzten Zusammenkunft in Reval schlossen sich Vertreter Finnlands den Verhandlungen an. Man bespricht die Friedensfrage auch mit den Vertretern Finnlands und der russischen Nordwest-Regierung. Da man überall geneigt ist, mit Moskau Frieden zu schließen.

Deutschland.

Die Aussprache des Ausschusses der Nationalversammlung über das Betriebsrätegesetz ließ schon in ihren ersten Anfängen erkennen, daß eigentlich keine Partei das Gesetz in seiner jetzigen Form erledigen will. Die Demokraten haben einen Gegenentwurf vorgelegt. Sozialdemokraten und Zentrum legen entscheidenden Wert darauf, daß die Stellung der Gewerkschaften, mehr als es bis jetzt geschieht, gestärkt wird. Alle Parteien wünschen mehr oder weniger offen, den das Gesetz, das mit so folgenreicher Kraft das Wirtschaftsleben angreift, nicht als eine bloße Parteifrage entschieden werde. Diesen Wunsch faßten die Deutschnationalen in die Formel, der auch die Liberalen zustimmen, daß zunächst über die wirtschaftliche Seite des Betriebsgesetzes der Reichswirtschaftsrat sich zu äußern habe, und daß bis zum Vorliegen dieser Beratung die parlamentarische Bearbeitung ausgesetzt sei. Der Reichswirtschaftsrat wird dank der Anregung des liberalen Abgeordneten Generaldirektor Bögler gelegentlich der Kohleninterpellation demnächst in einer vorläufigen Zusammenkunft zusammentreten. Ihm das Betriebsgesetz zu entlegen, das zusammen mit der Sozialisierung, deren Teil es ja nach dem

Fortsetzung folgt.

Aus Nassau und Umgegend.

Die Stadtverordneten stellten in ihrer letzten Sitzung dem Bürgermeister Hasenclever ein Vertrauensvotum gegenüber den Angriffen von sozialdemokratischer Seite aus. Für die Fortbildungsschule wurden nachträglich 175 Mark für die Kleinkinderschule 150 Mark bewilligt. Für den Fürsorgezögling K. W. wurden 80 Mark zur Beschaffung von Kleidung bewilligt. In die Umschaffsteuer-Beratelungskommission wurden die Herren: Alb. Rosenthal, Carl Beholdt, Wilhelm und Wilm. Hinterwälder, in die Wohnungskommission. Ihrer Aufgabe es ist, dem Magistrat bei der Fürsorge für die Wohnungssuchenden zu unterstützen, die Herren Rechts- anwalt Gies, W. Reibhöfer, H. Schwarz 2er, Ehr. Falzer, Sekretär Adami und Albert Strauß gewählt. Da bei der Veranschlagung der Grabenstraße Bürgersteigplatten übrig geblieben sind, so wurde beschlossen, damit den Bürgersteig vor dem öffentlichen Postgebäude und der Landesbank zu belegen. Die Landesbank hat sich bereit erklärt, 80 Prozent der Kosten zu übernehmen. Die Magistratsvorlage, die Ober- und Schuttkasse neu bezu. umzuschultern, wurde vertagt; es soll noch eine Ortsbesichtigung vorgenommen werden. In den Wahlen vorgeschlagen für die kommenden Stadtverordnetenwahlen wurden als Beisitzer gewählt Stadtv. Adami und Buchdrucker Arthur Müller, als deren Stellv. H. Schwarz 1. und Stadtv. Clausen Vorsitz. Des Wahlvorstandes führt der Bürgermeister Alb. Dringlichkeitsvorlage genehmigten die Stadtverordneten die Aufnahme einer mit 4 1/2 Prozent verzinslichen Anleihe von 105 000 Mark durch die Landesbank, um damit Kriegsausgaben zu decken. Der Magistrat gab der Versammlung darüber Kenntnis, daß das Reich die Mehrkosten für die Anfertigung der Entschädigungserhebung vom Jahre 1918 nicht übernimmt und somit diese Kosten die Stadt tragen müsse, und daß der Biographen-Verein „Cabelsberger“ zu seinem am 31. August abgelaufenen Wettstreit zu einem städtischen Ehrenpreis eine Summe von 30 Mark bewilligt worden ist. Zum Schluß wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, deren Erfüllung der Magistrat zugesagt und die eifrigste Mittellung gemacht, da ein Postermangel nicht zu befürchten sei.

Verkäufer: Inhaber der Kundenlisten.
Verkaufstage: vom 26—30. September.
Feigwaren: 250 Gramm auf Nr. 7 der Lebensmittel-
karte.
Bafertlocken, 250 Gramm auf Nr. 8 der Lebensmittel-
karte.
Bad Ems, den 24. September 1919.
Verbraucherministerium.

Das Haus Villa Bismarck,
Viktoriaallee 4, Bad Ems
zu verkaufen. Gas, elektr. Licht, Zentralheizung.
Ankauf erteilt [487]
Aug. Roth, Drogerie, Ems.

denn sie färbt bei Regen ab.
 Verwenden Sie ?
Nigrin
 und Ihre Kleider werden auch dann
 nicht schwarz, wenn das Leder nass
 wird.
 Reinster Delwachslederputz !
 Schutzmarke

354
n.
w.

welches auch schriftliche
Arbeiten mit übernehm
und sich im Haushalt mi
betätigt. Dienstmädchen vor
handen. Kost und Logis im
Hause. Ansprüche mit Bild an
G. May, Diez.

Ein jüngeres
Mädchen
für bald gesucht. [80]
Fran Albert Paul,
Diez, Rosenstr. 7.